

Eric Hobsbawm

Bemerkungen zu Tom Nairns „Modern Janus“

Hamlet: Seht Ihr die Wolke dort, beinah in Gestalt eines Kamels?

Polonius: Beim Himmel, sie sieht auch wirklich aus wie ein Kamel.

Hamlet: Mich dünkt, sie sieht aus wie ein Wiesel.

Polonius: Sie hat einen Rücken wie ein Wiesel.

Hamlet: Oder wie ein Walfisch?

Polonius: Ganz wie ein Walfisch.

(Hamlet, Dritter Aufzug, zweite Szene)

Seit seinem Aufkommen ist der Nationalismus (nicht-nationalistischen) Politikern und Theoretikern stets ein großes Rätsel gewesen. Nicht nur, weil er mächtig und zugleich ohne jede greifbare rationale Theorie ist, sondern auch, weil sich seine Form und Funktion ständig verändern. Wie die Wolke, mit der Hamlet den Polonius zum Narren hielt, kann er je nach Geschmack als Kamel, als Wiesel oder Walfisch gedeutet werden, und ist doch keins von allen dreien. Vielleicht liegt der Fehler darin, daß an Stelle meteorologischer Analyse zoologische Kriterien zu Rate gezogen werden. Wir durchleben — um im Bild zu bleiben — zur Zeit eine Klimaveränderung, die ein solches meteorologisches Phänomen sichtlich beeinflusst. Im Gegensatz zu Tom Nairn, dessen kürzlich erschienenes Buch* diese Gedanken nahelegt, wollen wir damit beginnen, diese Veränderung zunächst zu skizzieren. Die politische Krux des modernen Nationalismus liegt in seiner Forderung nach „Selbstbestimmung“, das heißt der Forderung nach dem Nationalstaat, wie er heute verstanden wird: einer souveränen und im Idealfall völlig homogenen territorialen Einheit, deren „Bürger“ die Angehörigen dieser ‚Nation‘ sind, die wiederum in einer ganzen Anzahl gängiger Begriffe definiert wird (ethnisch, kulturell, historisch, linguistisch etc.). Umgekehrt meint man normalerweise von den Bürgern eines modernen Territorialstaats, daß sie in aller Regel eine solche „Nation“ bilden, wobei diejenigen, die nicht in dieses Schema passen, als „Minderheiten“ oder andere „Nationen“ klassifiziert werden, die logischerweise einen eigenen Staat haben müßten. Mittlerweile ist der Punkt erreicht, wo die Begriffe „Staat“ und „Nation“ austauschbar geworden sind („Vereinte Nationen“). Wie immer wir Völker, Nationen, Nationalitäten usw. definieren: Klar ist, daß diese Gleichsetzung historisch gesehen

* Tom Nairn, *The Break-Up of Britain*, New Left Books, London 1977. Tom Nairns Essay „Der moderne Janus“ ist Bestandteil dieses Buches. Die Seitenangaben im Text beziehen sich auf die deutsche Fassung in diesem Band. Wo Hobsbawm auf andere Stellen von Nairns Buch verweist, wird dies mit dem Hinweis -auf die NLB-Ausgabe kenntlich gemacht, z.B.: (NLB/91).

sehr jung ist, besonders in der standardisierten Form, die zur Mode geworden ist und unvorsichtige Betrachter — auch Nairn — in die Irre führt (1). Erstens waren moderne Territorialstaaten von der Art, die heute als normal gilt, bis ins neunzehnte Jahrhundert hinein ziemlich unüblich, ob sie sich nun Nationalstaaten nannten oder nicht. Zweitens beweisen die enormen Schwierigkeiten und Grausamkeiten, zu denen der in diesem Jahrhundert unternommene Versuch geführt hat, Europa in homogene Nationalstaaten zu teilen (einschließlich Separatismus, Teilung, Massenvertreibungen und Völkermord), daß es sich um ein historisches Novum handelt.

Der Nationalstaat im 19. Jahrhundert

Dennoch konnte und kann man mit guten Gründen davon sprechen, daß es im neunzehnten Jahrhundert einen bestimmten Typ des „Nationalstaats“ gegeben hat. Mit Nationalismus im heutigen Sinn hatte diese Form des Nationalstaats jedoch wenig zu tun; allenfalls insoweit, wie Nationalismus auch eine praktische Form des Gefühlskitts, der nichtkirchlichen Religion darstellt und dazu benutzt wird, die Bürger solcher Staaten zusammenzuschweißen, die ja durch Klassenzugehörigkeit u. a. geschieden sind.

Während einer langen Periode seiner Entwicklung waren Nationalstaaten dieser Art die wichtigsten Bausteine des Weltkapitalismus und damit auch der bürgerlichen Gesellschaft in der „entwickelten“ Welt. Das hat Marx erkannt, als er diese Gesellschaft im *Kommunistischen Manifest* sowohl als globale Einheit wie als „eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander“ beschrieb. Nationalstaaten repräsentierten dieses entscheidende Moment — die Schaffung der inneren Bedingungen (das heißt des „nationalen Markts“) und der äußeren Bedingungen für die Entwicklung der „Nationalökonomie“ durch staatliche Organisation und staatliches Handeln. Wie jüngere Marxisten, etwa Perry Anderson und Immanuel Wallerstein argumentiert haben, war das Vorhandensein eines internationalen Komplexes solcher Einzelstaaten vermutlich auch wesentliche Bedingung für das weltweite Wachstum des Kapitalismus. Der Weltkapitalismus bestand vor allem aus einer Anzahl ökonomischer Ströme von, zu und zwischen solchen

1 England ist nicht weniger Nation als Schottland. Nairn glaubt jedoch nicht, daß es schon „eine Nation wie jede andere“ sei (NLB/301), also eine nationalistische Ideologie und eine Partei nach der inzwischen zum Standardmodell gewordenen Scottish Nationalist Party (SNP) aufweist.

entwickelten Nationalökonomien, Marx — obwohl in anderen Dingen kein Nationalist — akzeptierte die historische Rolle einer gewissen Zahl solcher nationalstaatlichen Wirtschaften; damit teilte er die im 19. Jahrhundert allgemein verbreitete Überzeugung.

Im heutigen Sinn des Begriffs war das Streben nach solchen Nationalstaaten insoweit nicht nationalistisch, als keineswegs eine Welt aus Nationalstaaten beliebiger Größe und ohne Rücksicht auf deren Ressourcen als erwünscht galt, sondern eine Welt „lebensfähiger“ mittlerer und großer Staaten. Daraus folgt, daß *erstens* eine große Anzahl „nationaler“ Gruppen von der Fähigkeit zur Staatenbildung ausgeschlossen wurde. *Zweitens* bedeutete es für die meisten anerkannten Nationalstaaten die Aufgabe des Konzepts der nationalen Homogenität. Die klassische Formulierung dieses Programms, der Entwurf eines "Europa der Nationen", wurde 1858 von *Mazzini* zu Papier gebracht — dem es übrigens ebenso wie *Cavour* recht schwer fiel, eine der wenigen unzweifelhaften nationalen Massenbewegungen seiner Zeit, nämlich die irische, in seinem Schema unterzubringen. Er plante ein Europa aus elf Staaten oder Föderationen, die *alle* (mit der bezeichnenden, aber auf den ersten Blick durchaus einleuchtenden Ausnahme Italiens) nicht nur nach heutigen Maßstäben, sondern auch nach den wesentlich vom neunzehnten Jahrhundert geprägten *Wilson*schen Vorstellungen des Versailler Vertrags Vielvölkerstaaten waren (2). Es gibt überwältigend viele Beweise dafür, daß das Hauptproblem der nationalistischen Bewegungen in diesem Stadium nicht so sehr in der staatlichen Unabhängigkeit als solcher lag, sondern vielmehr in der Bildung „lebensfähiger“ Staaten; also eher im Moment der „Einheit“ als in dem der „Separation“. Dies wurde jedoch von der Tatsache verdeckt, daß die meisten nationalen Bewegungen zugleich dahin tendierten, eines oder gleich mehrere der noch bestehenden hinfälligen Großreiche — Österreich-Ungarn, Rußland, das Osmanische Reich — auseinanderzubrechen. Nicht nur die deutschen und italienischen Bewegungen zielten auf die staatliche Einigung ab, sondern auch die Polen, die Rumänen, die Jugoslawen (für deren angestrebten Vielvölkerstaat es keinen geschichtlichen Vorläufer gab), die Bulgaren (die sich mit Mazedonien vereinigen wollten), dann natürlich die Griechen und sogar die Tschechen, durch ihre (unhistorische) Hoffnung auf ein Zusammengehen mit den Slowaken. Umgekehrt waren Bewegungen

2 Selbst wenn man von der Annahme ausgeht (die auch damals schon zweifelhaft war), daß die Italiener eine homogene Einzelnation bildeten, so ist schließlich nach 1945 zu Recht die Notwendigkeit eines Sonderstatus für Sizilien, Sardinien, das bi- oder trinationale Südtirol und das Aostatal anerkannt worden.

für die faktische staatliche Unabhängigkeit kleiner, wie auch immer definierte Nationen — im Unterschied zu Bestrebungen nach verschiedenen Formen von Autonomie oder Anerkennung innerhalb größerer Staaten — außerordentlich selten. Naim ist völlig auf dem Holzweg, wenn er die Schotten des 19. Jahrhunderts als eine verblüffende Anomalie betrachtet („das fehlende Selbstgefühl des Landes als Nation im neunzehnten Jahrhundert, seine völlige Abwesenheit von der großen und vielfältigen Bühne des europäischen Nationalismus" — (NLB/ 144)). Die Schotten waren durchaus eine Nation und wußten das auch, aber im Unterschied zu einigen anderen kleinen europäischen Nationen brauchten sie nicht erst zu verlangen, was sie — oder vielmehr ihre herrschende Klasse — sowieso schon hatten. Zu erwarten, daß sie damals die staatliche Unabhängigkeit gefordert hätten, ist ein purer Anachronismus.

Aus demselben Grund war die selbst unter Nationalisten verbreitete Abneigung gegen die Zerschlagung von Staaten (das heißt gegen Zwernationen und Kleinstaaten) tief verwurzelt, zumindest in Europa. Über die deutschen Kleinstaaten oder auch die zentralamerikanischen Republiken riß man Witze, „Balkanisierung" war ein Schimpfwort. Die Österreicher konnten nach 1918 nicht von der Lebensfähigkeit ihres kleinen Staates überzeugt werden, obwohl sich diese seit 1945 bewiesen hat. Danzig wurde — im Gegensatz zum heutigen Singapur — als Mißgeburt betrachtet. Internationale Beachtung fanden die meisten der überlebenden vorbürgerlichen Zwergstaaten hauptsächlich bei Briefmarkensammlern und Briefkastenfirmen. Nach damaligen Maßstäben waren sie bestenfalls geduldete Spinner.

Souveränität als Abhängigkeit

Die erste Erkenntnis von Nicht-Nationalisten wird sein, daß die Vervielfachung der Zahl der unabhängigen, souveränen Staaten den Sinn des Begriffs „Unabhängigkeit“ für die meisten von ihnen in seinem Kern in ein Synonym für „Abhängigkeit“ verwandelt hat, wie das von ihren Vorfahren als Opfer des modernen Neokolonialismus, dem Lateinamerika des neunzehnten Jahrhunderts, vorweggenommen worden ist. Wir können die ins Auge fallende Tatsache beiseite lassen, daß viele dieser Staaten als unabhängige Gebilde nur existieren, weil sie geduldet oder protegirt werden. (Zypern, das ehemals portugiesische Timor und der Libanon zeigen, was passieren kann, wenn keins von beiden der Fall ist.) Sie sind in zweierlei Hinsicht wirtschaftlich abhängig: ganz allgemein von einer internationalen Ökonomie, die sie als einzelner Staat im Normalfall nicht zu beeinflussen hoffen können (7); und im besonderen — im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Größe — von den Großmächten und den multinationalen Konzernen. Die Tatsache, daß die Konzerne und Großmächte heutzutage neokolonialistische Verhältnisse einer formellen Abhängigkeit vorziehen — oder diese als unerläßlich ansehen — sollte uns nicht täuschen. Im Gegenteil. Die optimale Strategie für eine neokoloniale, transnationale Ökonomie ist exakt diejenige, in der die Zahl der offiziell souveränen Staaten maximiert und deren durchschnittliche Größe und Stärke minimiert ist — damit also auch ihre Macht, die Bedingungen effektiv zu bestimmen, unter denen andere Staaten und ausländisches Kapital zu operieren haben. Selbst in den zwanziger Jahren waren die echten Bananenrepubliken klein — Nicaragua etwa war eher eine als Kolumbien. Und es liegt heute doch ziemlich klar auf der Hand, daß die USA und Japan oder deren Konzerne es lieber mit Alberta als mit Kanada zu tun hätten, lieber mit Westaustralien als mit dem australischen Commonwealth, wenn man in ökonomischen Fragen „zur Sache“ kommt. (In beiden Provinzen gibt es übrigens tatsächlich Autonomiebestrebungen) Dieser Aspekt des neuen Staatensystems darf nicht übersehen werden, wenn er natürlich auch nicht als apriorisches Blankoargument für große und gegen kleine Staaten benutzt werden darf, und noch weniger als Argument für Einheitsstaaten und gegen regionalisierte oder föderative Staaten.

Eine zweite Erkenntnis besteht darin, daß ohne Ansehen der jeweiligen nationalen Sache — die gegenwärtige Situation nicht nur bei Nationalisten der Vorstellung Vorschub leistet, daß die

7 Die beherrschende Stellung einiger ölproduzierender Staaten auf dem Weltenergiemarkt ist außergewöhnlich. Kein anderer Grundstoff, wie ungleichmäßig seine geografische Verteilung auch sein mag, hat den kleinen Staaten jemals vergleichbare Ressourcen oder ein vergleichbares Druckmittel an die Hand gegeben.

staatliche Unabhängigkeit oder ein entsprechender Status der normale Modus für die Befriedigung der Forderungen einer jeden Gruppe sei, die einen gewissen Anspruch auf eine territoriale Basis (ein „Land“) äußert, also einer potentiellen Nation (8). Diese Vorstellung ist aus drei Gründen verfehlt. Erstens gibt es für sie weder in der Theorie noch in der Geschichte noch auch in der heutigen Praxis eine Rechtfertigung. Zweitens schiebt sie die zahlreichen und (trotz ihrer Probleme) alles andere als unpraktikablen Lösungsvorschläge beiseite, die nationale Einheit mit Regionalisierung, Dezentralisierung oder Föderierung zu kombinieren versuchen. Um nur wenige zu nennen: Die USA, Kanada, Australien, die Bundesrepublik, Italien, Jugoslawien, die Schweiz und Österreich. Sie neigt also in anderen Worten dazu, diejenigen Probleme der „Revolte gegen die Großstaaten“ und der „Forderung nach regionaler Selbstbestimmung“ (NLB/253) zu übersehen, welche nicht in nationalistische Forderungen umgemünzt werden können, die sich wiederum als Separatismus ausdrücken lassen: Klein-Britannien? Ja. Aber Normandie? Nein.

Drittens — und das wiegt wohl am schwersten — wird das Problem umgangen, wie denn nun die faktische Koexistenz verschiedener ethnischer, rassischer, linguistischer und anderer Gruppen in Gebieten organisiert werden soll, die praktisch nicht zu teilen sind. Das ist natürlich die Regel (9). Man fällt kein Werturteil über den flämischen Nationalismus, der hier nur als Beispiel genannt wird, wenn man sagt, daß es auf die Beschwerden dieser Nation wohl für jeden — er sei denn leidenschaftlicher flämischer Nationalist — objektiv eine viel leichtere Antwort gibt als etwa auf das Problem der Schwarzen in den USA oder das Problem der über ganz Europa verstreut lebenden Fremdarbeiterkolonien.

Marxismus und Nationalismus

Macht die gegenwärtige Phase des Nationalismus Änderungen in der Einstellung der Marxisten zu diesem Phänomen nötig? Wenn

8 Vgl. Nairns Bemerkung, daß „die Selbstregierung die schon bis zum Überdruß normale Antwort auf Nationalitätskonflikte“ sei (NLB/ 241). Wie so oft ist die Tendenz zur Ausschmückung mittels rhetorischer Worthülsen („bis zum Überdruß“) eine Warnung für den Leser und hätte es auch für den Autor sein sollen.

9 Der quebecianische Nationalismus, der im wesentlichen sprachlicher Natur ist, stellt ein exzellentes Beispiel für den Versuch dar, ein Sprachproblem dadurch zu lösen, daß man beträchtliche Minderheiten — die Anglophonen, Einwanderer, Eskimos und Indianer — in genau dieselbe Lage bringt, von der die Frankophonen befreit werden sollen.

das Buch von Nairn wirklich eine Orientierung geben will, bedarf es ganz offensichtlich — statt eines schon zum Ritual gewordenen Jammers über die theoretischen Schwächen auf diesem Gebiet der Rückbesinnung auf die grundlegende Tatsache, daß Marxisten als solche keine Nationalisten sind. Auf theoretischem Gebiet können sie es nicht sein, wenn man in Rechnung stellt, was landläufig als nationalistische Theorie gilt. (Schon gar nicht als Historiker, wenn man von der alten und richtigen Bemerkung Ernest Renans ausgeht, daß die Verfälschung der eigenen Geschichte ein Hauptcharakteristikum der Nation im allgemeinen sei.) Und in ihrer Praxis können sie keine Nationalisten sein, weil der Nationalismus, wie schon der Name sagt, alle übrigen Interessen denen seiner jeweiligen „Nation“ unterordnet. Wir müssen noch nicht einmal die Position Rosa Luxemburgs beziehen, um kategorisch erklären zu können, daß jeder Marxist, der nicht wenigstens in der Theorie bereit ist, die „Interessen“ seines eigenen Landes oder Volkes übergreifenden Interessen unterzuordnen, gut daran täte, noch einmal seinen ideologischen Standort zu überprüfen. Das gilt nicht nur für Marxisten. Den Israelis oder Palästinensern mag die Erhaltung bzw. Errichtung ihres jeweiligen Staats einen Weltkrieg wert sein, zumindest können sie so tun als ob; die restlichen vier Milliarden Menschen aber können dem nur schwerlich ihren Segen geben. Die Nagelprobe ist natürlich das eigene Volk oder Land des jeweiligen Marxisten, und zwar aus psychologischen und anderen Gründen, die auf der Hand liegen. Das Entscheidende an einem jüdischen Marxisten, auch wenn er das erhalten wissen will, was heute ein eingesessenes jüdisches Volk in Israel ist, besteht darin, daß er *kein Zionist* ist. Das gilt auch für die Schotten.

In der Praxis sieht die Sache natürlich nicht so klar aus wie in der Theorie. Nicht so sehr deshalb, weil die meisten Marxisten angefangen bei Marx und Engels selbst — stolz auf ihre Nation sind und waren, also auf die ethnische, kulturelle oder andere Gemeinschaft, der sie angehören. Sondern weil (was Nairn besonders betont) die meisten marxistisch-sozialistischen Bewegungen aus offensichtlichen Gründen auf einen Staat oder ein Volk begrenzt arbeiten — und in den meisten erfolgreichen Fällen mobilisieren und vertreten sie sowohl die Nation als ganze als auch ihre unterdrückten Klassen — und die Interessen solcher nationalen Einheiten sind oft weder kongruent noch konvergent. Das läßt für scheinmarxistische Rationalisierungen und Rechtfertigungen nationalistischer Politik einen breiten Raum. Das Problem liegt darin, die bloßen Rationalisierungen zu erkennen. Wie so oft fällt dies Außenstehenden leichter. Nur wenige nichtchinesische Marxisten sind von den Argumenten sonderlich zu beeindrucken, welche die Chinesen

— in marxistischer Terminologie — für eine Außenpolitik ins Feld führen, die in den letzten Jahren nicht gerade danach ausgesehen hat, als ob sie der Sache des Sozialismus außerhalb Chinas förderlich wäre. Zur Zeit verteidigen die Eritreer und Somalia (das sich ja als marxistisches Land bezeichnet) die Zerschlagung des äthiopischen Staates mit Leninziten, während die äthiopische Regierung die Erhaltung der Einheit des Landes ebenfalls marxistisch zu begründen sucht. Außenstehende können mit Leichtigkeit sehen, daß die Taten aller Beteiligten (nicht aber die Begründungen dafür) weithin die gleichen blieben, wenn sich keiner der Kontrahenten auf den Marxismus beriefe.

Wenn Marxisten keine Nationalisten sind, obwohl sie an die Entwicklung des Nationalstaats glauben und sich vorwiegend mit der eigenen Nation abgeben, dann müssen sie dennoch mit der politischen Tatsache des Nationalismus zurechtkommen und ihre Einstellung zu seinen spezifischen Äußerungsformen definieren. Dies ist schon seit Marx — und zwar durchweg und notwendigerweise — keine Frage des theoretischen Prinzips (außer vielleicht für die wenigen Anhänger Rosa Luxemburgs, die dazu neigen, Nationen *en bloc* zu beargwöhnen), sondern der pragmatischen Einschätzung je nach den unterschiedlichen und sich wandelnden Umständen. Im Prinzip sind Marxisten weder für noch gegen die staatliche Unabhängigkeit einer Nation (staatliche Unabhängigkeit ist nicht dasselbe wie das Leninsche „Recht auf Selbstbestimmung“), selbst wenn man einmal unterstellt, daß es eine nicht nur pragmatische Übereinstimmung darüber geben kann, was im Einzelfall die „Nation“ ausmacht. Das trifft natürlich auch für alle anderen zu, Nationalisten eingeschlossen — es sei denn, es ginge um die eigene Nation. Wenn Marxisten einen historischen Begriff von der internationalen Ordnung eines zukünftigen Weltsozialismus haben, dann mit Sicherheit nicht die Vorstellung von einem Mosaik homogener, souveräner Nationalstaaten, seien sie groß oder, wie, heute, überwiegend klein. Sie denken vielmehr an eine Form der Assoziation oder an eine organisatorische Einheit der Nationen, die möglicherweise in ihrer weiteren Entwicklung schließlich die nationale in eine globale oder Menschheitskultur auflöst - doch ist diese Saite seit dem *Kommunistischen Manifest* selten einmal mit Überzeugung angeschlagen worden. Weil Marxisten die Nationen im modernen Sinne zu Recht als historische Phänomene und nicht als apriorische, ewige Gegebenheiten der menschlichen Gesellschaft sehen, können sie die Nation in ihrer Politik auch nicht absolut setzen. Wie könnten sie auch, wenn zum Beispiel im Nahen Osten Krieg oder Frieden von zwei ‚Nationen‘ abhängt, die man sich im Jahr 1918 — wenn überhaupt — kaum als territoriale

Nationalstaaten hätte vorstellen können. Kurz, die marxistische Haltung zum Nationalismus ähnelt in vieler Hinsicht der Marxschen Haltung zu anderen apriorischen Abstraktionen des kleinbürgerlichen Radikalismus seiner Zeit, z.B. der „demokratischen Republik“: nicht ohne Sympathie, die aber von den Umständen abhängt und keineswegs absolut ist. Das fundamentale Kriterium einer pragmatischen marxistischen Beurteilung, war schon immer, ob der Nationalismus als solcher oder jeder einzelne Fall von Nationalismus die Sache des Sozialismus weiterbringt. Oder andersherum: wie er daran gehindert werden kann, dem Sozialismus im Weg zu stehen, oder — im entgegengesetzten Fall wie er als Kraft zu mobilisieren ist, die zu dessen Fortschritt beiträgt. Nur wenige Marxisten haben behauptet, daß *keine* nationalistische Bewegung unterstützt werden könne, keiner, daß *alle* solchen Bewegungen diesem Zweck dienen und deshalb in jedem Fall unterstützt werden müßten. Kein Marxist (der der betroffenen Nation nicht angehört) wird nicht gegenüber *marxistischen* Parteien mißtrauisch werden, die die Unabhängigkeit ihrer Nation ohne Rücksicht auf die Umstände über alle anderen Ziele stellen.

56

Nation und historischer Wandel

Solche nationalistischen Grundhaltungen werfen nicht nur für Marxisten ein viel breiteres Spektrum von Fragen auf. Es liegt oder sollte wenigstens auf der Hand liegen, daß der spezifische Charakter von Regionen oder Gruppen keineswegs unveränderlich eindeutig festliegt, einmal aus Gründen der politischen Taktik und zum andern, weil diese sich selbst historisch verändern. Nairn läßt die erste Überlegung gelten, wenn er darauf besteht, daß die protestantischen Bewohner Nordirlands wegen ihrer spezifischen Interessenlage ganz logisch auf der Union mit Großbritannien beharrten, daß auch heute noch von ihnen „die Unabhängigkeit als ein biblischer Kreuzweg empfunden wird, als furchtbare Drohung, die möglicherweise am Ende der ganzen Entwicklung stehen könnte“ (NLB/241). Die politische Unabhängigkeit ist immer nur eine von mehreren Möglichkeiten. Tirol etwa hat seine ziemlich starke „Identität“ und seine Sonderinteressen im Lauf des zwanzigsten Jahrhunderts zuerst durch übersteigerte Loyalität zum Vielvölkerstaat der Habsburger, dann mit der Forderung nach unterschiedlichen Graden von Autonomie innerhalb Österreichs, schließlich durch die Integration in ein alldeutsches Reich zu erhalten versucht. Und einmal wurde, wenn auch nur für einen Moment, selbst in Tirol mit dem Gedanken an eine eigene Republik gespielt.

73

Die zweite Überlegung ist genauso wichtig. Ökonomisch betrachtet ist der Trend zur Transformation und Integration regionaler Interessen in größere Einheiten nicht zu bestreiten. In den USA, wo „der Zug des alten südlichen Sektionalismus dahin ging, vom Rest des Landes getrennt zu bleiben, ist der Süden heute durch seine sektionalen Interessen gezwungen, sich der allgemeinen Entwicklungslinie des Landes anzupassen" (18). Aus den bereits erwähnten Gründen könnte es sein, daß die Kombination von In-

18 5. Lubell, *The Future of American Politics*, New York 1956, S. 135.

73

tegration und kleinstaatlicher Unabhängigkeit heute durchaus praktikabel wäre, solange die Bewegungsfreiheit der Multis nicht völlig unterbunden wird. Dennoch geht es keineswegs darum, ob Friesland zur Not von Holland und der BRD oder Salzburg wieder von Österreich unabhängig sein könnte, sondern ob „Jahrhunderte der Weltgeschichte" tatsächlich in diese und keine andere Richtung führen.

Ich reite auf diesen Punkten nicht deshalb herum, weil ich die Realität und die Kraft des Nationalismus in der heutigen Zeit in Frage stellen oder gar Nairns empirische Beobachtung in Zweifel ziehen will, wonach es wahrscheinlich ist, daß eine nationalistische Bewegung, spielt sie erst einmal eine Rolle als Massenkraft in der Politik eines Landes, in der einen oder anderen Form von Dauer ist. Genausowenig implizieren die hier vorgetragenen Punkte eine prinzipielle Haltung zur Frage von großen oder kleinen, Einheits- oder wie auch immer beschaffenen Bundesstaaten, zum Separatismus im allgemeinen oder im Einzelfall, in Großbritannien und wo auch sonst immer. Sie implizieren aber allerdings, daß Marxisten das Märchen nicht so ohne weiteres schlucken dürfen, der Prozeß der „soziopolitischen Zersplitterung" (S. 37) oder die Entwicklung des Nationalismus zu einer „Art von Weltnorm" erlaube uns (selbst wenn wir diese Annahme ohne nähere Analyse akzeptieren würden, was wir jedoch nicht sollten) irgendeine fundierte Aussage über die Zukunft jedweden Staates, jeder Region, jedes Volkes, jeder sprachlichen oder anderen Gruppe bzw. nationalistischen Organisation zu machen. Ganz zu schweigen von dem Märchen, die Geschichte arbeite ausschließlich auf jenes besondere Ensemble politischer Arrangements hin, das zum Beispiel von der SNP empfohlen wird. Meine Position impliziert die Anerkennung des Charakters des Nationalismus als einer abhängigen wie unabhängigen Variable im geschichtlichen Wandel. Sie zielt also auf die Erarbeitung einer marxistischen Analyse des Phänomens im allgemeinen, egal ob wir uns nun dazu entschließen, ihm in jedem einzelnen Fall oder jeder einzelnen Version Widerstand entgegenzusetzen oder nicht. Daß dies ein ständiges Überdenken und die ständige Weiterentwicklung der marxistischen Analyse voraussetzt, versteht sich von selbst. Nicht nur weil die marxistischen Ansichten zur „nationalen Frage" nicht zufriedenstellend sind (obwohl in dieser Richtung viel mehr und besser gearbeitet worden ist,

die Kritiker einzugestehen bereit sind), sondern vor allem, weil die weltgeschichtliche Entwicklung selbst den Kontext, das Wesen und die möglichen Folgen von „Nationen“ und „Nationalismus“ verändert. Ich kann jedoch nicht sehen, welchen nützlichen oder überzeugenden Beitrag Nairn zu dieser Frage geleistet hätte.

74

Marxismus und Nationalismus heute

Die *praktische Haltung* der Marxisten zu den konkreten Problemen, die von der ‚nationalen Frage‘ aufgeworfen werden, braucht indes kaum wesentlich geändert zu werden. Die Marxisten werden sich der Nationalität und des Nationalismus zweifellos weiter so bewußt bleiben, wie sie dies im größten Teil des 20. Jahrhunderts gewesen sind. Und sie haben auch keine andere Wahl. Sie werden zwar der Verschwommenheit und Unbeständigkeit des Begriffs reserviert gegenüberstehen, aber sie werden auch weiter für die volle Entwicklung jeder Nation, ihr Recht auf Selbstbestimmung einschließlich des Rechts auf einen eigenen Staat eintreten, was aber auch heutzutage nicht heißen muß, daß sie die Sezession in jedem Fall als wünschenswert betrachten. Sie werden weiterhin in den meisten Fällen ihrer eigenen Nation zutiefst verbunden sein und für sie eintreten; ihr Einsatz in der europäischen Widerstandsbewegung gegen Hitler spricht für sich selbst. Im Unterschied zu den Nationalisten werden sie jedoch auch weiterhin - im allgemeinen früher als andere - die Multinationalität hinter der Fassade der Staaten anerkennen, ob diese nun groß oder klein seien. Gerade ihr Nicht-Nationalismus und ihre Weigerung, die „Nation“ und deren „Interesse“ oder „Sendung“ mit diesem oder jedem nationalistischen Programm zu identifizieren, wird sie auch in der Zukunft zu wirksamen Vertretern *gerade auch anderer* Nationen, ethnischer Gruppen usw. machen (wie sich die englischen Kommunisten schon immer für die schottische und walisische Nationalität eingesetzt haben), ob diese die Eigenstaatlichkeit fordern oder nicht. Die Marxisten werden deshalb weiterhin nicht nur Feinde des „Großmachtchauvinismus“, sondern auch des „Kleinstaatchauvinismus“ bleiben, der in einer zum großen Teil aus kleinen Staaten bestehenden Welt eine nicht zu unterschätzende Kraft darstellt. Sie werden dabei nicht immer richtig liegen - aber man kann durchaus vermuten, daß sie mit größerer Wahrscheinlichkeit schief liegen werden, wenn sie bestimmte nationalistische Glaubenssätze mit Haut und Haaren schlucken, wie es so viele Marxisten in der Nordirlandfrage so lange getan haben. Es wird ihnen zumal, wenn sie an der Macht sind - nicht immer gelingen, ihren eigenen Prinzipien treu zu bleiben. Wenn es ihnen so ergeht, dann steht zu hoffen, daß wenigstens einige Marxisten den Mut haben werden, das auch zu sagen; wie es Lenin getan hat, als er in seinem „Testament“ das „chauvinistische“ Verhalten von Stalin, Dscherschinski oder Ordschonikidse kritisierte.

Noch niemand hat bislang gute Gründe dafür angegeben, warum diese Haltung, die (trotz Nairns Schattenboxen mit dem

75

Geist von Rosa Luxemburg) von den meisten Marxisten geteilt wird, nicht die angemessene prinzipielle Richtschnur für die politischen Probleme bieten sollte, mit denen Marxisten auf diesem Gebiet wahrscheinlich zu tun haben werden. Einschließlich des „Zerfalls Großbritanniens“ in Form des Abfalls von Schottlands und Wales, den die meisten Marxisten heute wohl nicht als wünschenswerte Lösung betrachten — im Unterschied zu einem unabhängigen Ulster, das wohl viele begrüßen würden. Was nicht bedeutet, daß wir diese Zerschlagung Großbritanniens nicht als Tatsache akzeptieren oder unter anderen Umständen sogar begrüßen würden. Diese unsere Haltung bietet keine Erfolgsgarantie, die von Nairn aber auch nicht. Der Unterschied zwischen den beiden besteht darin, daß sich die eine weniger vormacht als die andere. Soweit Nairn innerhalb des gängigen und historisch wie politisch einigermaßen realistischen Feldes der marxistischen Debatte über die Haltung zum Nationalismus bleibt, sind seine Positionen eine Auseinandersetzung wert, wenn sie auch von manchen als Mißgriff empfunden werden mögen. Soweit er versucht, die Bedingungen dieser Debatte zu verändern, scheint die Haupttendenz seiner Argumentation nicht darauf hinauszulaufen, den Marxismus „zum ersten Mal in seiner Geschichte zu einer wirklichen Theorie der Welt (s. S. 41) zu machen oder „das Bleibende, das Wissenschaftliche ... von der Ideologie in unserer *Weltanschauung* (s. S. 44) 211 trennen“, sondern die Ideologie auszuwechseln und der „Wissenschaft“ den Boden unter den Füßen wegzuziehen.

Die Nairnsche Position liefert den Marxismus an den Nationalismus aus, und zwar auf Gnade und Ungnade. Damit steht Nairn heutzutage unglücklicherweise nicht allein, schon gar nicht in Ländern, in denen die nationale Frage die politische Auseinandersetzung beherrscht. Maxime Rodinson hat dies in einer Schrift über den arabischen Nahen Osten so ausgedrückt: „Auf der einen Seite hat ein reiner Nationalismus Rechtfertigungen marxistischer Art ausgebeutet, und Apologeten aus marxistischen Kreisen rekrutiert ... Andererseits ist die internationale linke Bewegung über rein nationalistische Regimes hergefallen. Aber sie hat dem nationalen Kampf deshalb keineswegs geringere Bedeutung zugemessen. Das sophistische Argument zu ihrer Rechtfertigung war die These, es seien ja gerade die Massen, die der nationalistischen Sache in ihrer extremsten Form unreflektiert die Treue hielten ... Die soziale Revolution wurde so in einer letztendlich nationalistischen Perspektive gesehen. Dadurch aber geht sie das Risiko der Unterwerfung unter den Nationalismus ein.“ (19)

19 *Marxisme et monde musulman*. Paris 1972. S. 564 f.

76

Man muß kein Luxemburg-Anhänger sein, um die Gefahren eines Marxismus zu sehen, der sich im Nationalismus verliert. Lenin sprach nicht von den Flamen oder Bretonen, sondern vom nach seiner Ansicht klarsten Fall eines „progressiven“ oder „revolutionären“ antiimperialistischen Nationalismus, als er Sinowjew und dessen Freunde, die auf dem Kongreß von Baku im Jahr 1920 den „heiligen Krieg“ ausrufen wollten, mit den Worten warnte: "Malt den Nationalismus nicht rot an". Diese Warnung gilt noch immer.

77

Quelle:

Hobsbawm, Eric (1978): Bemerkungen zu Tom Nairns Modern Janus. In: Nationalismus und Marxismus. Anstoß zu einer notwendigen Debatte. Rotbuch, Berlin. Auszüge S. 45...77. Aufruf: <https://www.praxisphilosophie.de/nationalismus-und-marxismus-debatte-hobsbawm.pdf>